VVN-BdA
Kreisvereinigung Augsburg

Gedenkfeier „Für die Opfer des Faschismus“ am 1. November 2026 auf dem Westfriedhof in Augsburg

Gedenkveranstaltung VVN-BdA
Für die Opfer des Faschismus

(Redekonzept – es gilt das gesprochene Wort)



Ansprache durch Dr. Tobias Bevc
(pax christi Augsburg

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dieser Schwur von Buchenwald ist das Vermächtnis der Menschen, die der Nationalsozialismus verfolgt, eingesperrt, geknechtet, misshandelt und ermordet hat. Damit er nicht vergebens war, müssen wir als Antifaschist:innen genau hinsehen, wohin sich Gesellschaft und Politik derzeit entwickeln – denn vieles davon läuft dem Schwur zuwider.

Besonders aufschlussreich sind die Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin und das Trauerspiel, das auf sie folgte.

Was mich heute beschäftigt, ist die Frage, warum die bürgerlichen Parteien der Mitte unfähig sind, auf die Unzufriedenheit vieler Wählerinnen und Wähler so zu reagieren, dass diese nicht AfD wählen.



Kranzniederlegung am Gedenkstein

Der Erfolg der in Teilen rechtsextremen AfD entsteht nicht im luftleeren Raum. Der Wunsch nach einer Alternative hat Gründe: eine Politik, die seit Jahrzehnten an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeiregiert. Das zeigte sich zunächst in einer wachsenden Zahl von Nichtwähler:innen, seit 2015 zunehmend in Stimmen für die AfD.

Das beste und einfachste Mittel gegen die AfD und ihre rechtsextreme Politik wäre es, sie durch gute Politik in der Bedeutungslosigkeit verschwinden zu lassen.

Doch man hat nicht den Eindruck, die Parteien der bürgerlichen Mitte wollten tatsächlich den Durchmarsch der AfD ins Kanzleramt verhindern:

Friedrich Merz nennt das Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern am Wahlabend selbst ein „Desaster“ – die CDU ist dort mit 4,9 Prozent erstmals aus einem Landtag geflogen. Seine Konsequenz: „Die Reformen müssen kommen.“ Gleichzeitig versucht die CDU mit Antisemitismusvorwürfen und dem Herbeireden des Untergangs des Abendlandes eine von der Linken geführte Berliner Regierung zu verhindern.

Die SPD reiht sich ein: Sie meint, man müsse die Politik, die vielen Menschen schadet, nur besser erklären.

Und auch Teile der SPD stellen sich gegen den Volksentscheid von 2021 zur Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände in Berlin.

Das unwürdige Schauspiel in Berlin im Nachgang des Wahlsieges der Linken – Hand in Hand mit den sogenannten seriösen Medien – arbeitet mit Unterstellungen, Auslassungen, Halbwahrheiten, einer falsch verstandenen Staatsräson und einer nicht abzuschüttelnden Liebe zum enteignenden Großkapital – da müssen die Berliner Mieter:innen schon einmal zurückstecken.

Es zeigt sich: Ein echter demokratischer Wandel ist mit diesen Parteien nicht möglich, und demokratische Entscheidungen werden nur akzeptiert, wenn sie ihnen in den Kram pas-



sen. Immerhin: Die Berliner Grünen und SPD haben sich nun auf eine Prüfung der Vergesellschaftung von großem Wohneigentum eingelassen. Die Kassandrarufe von CDU, Junger Union, aus Teilen der Bundes-SPD und der Springerpresse bleiben aber laut.

Eine bessere Wahlkampfhilfe als die der Parteien der bürgerlichen Mitte kann sich die AfD nicht wünschen. So bekommt sie das Bundeskanzleramt kurz- bis mittelfristig auf dem Silbertablett serviert. Wenn es so weitergeht.

Die Entfremdung vom demokratischen Berufspolitikbetrieb wächst auch bei jenen, die überzeugte Demokrat:innen sind, vor der AfD Angst haben und einen neuen Faschismus fürchten.

Das Problem: Die Parteien der Mitte wollen anscheinend nicht sehen, dass es gerade die als alternativlos ausgegebene Politik des neoliberalen Kapitalismus und der Privatisierung der Daseinsvorsorge ist, die die tiefe Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung verursacht hat und weiterhin verursacht.

Diese Politik ist eine wesentliche Ursache für den rasanten Aufstieg der AfD und ihres rechtsextremen Vorfelds.

Die AfD hätte kein so leichtes Spiel, wären die Menschen mit ihrer Lebenssituation zufrieden und müssten sie nicht erleben, wie die öffentliche und soziale Infrastruktur vor ihren Augen immer weiter zurückgebaut wird.

Warum aber findet die AfD so viel Zuspruch, obwohl sie an dieser neoliberalen Politik nichts ändern würde, außer vielleicht, sie noch extremer zu betreiben, vor allem was die Rechte der Arbeitnehmer:innen und die Privatisierung angeht?

Sie findet so viel Zuspruch, weil sie es schafft, die Unzufriedenheit vieler Menschen auf Minderheiten umzulenken. Die Schulen sind schlecht? Daran sind die Ausländer schuld! Zu geringe Geburtenrate? Genderquatsch, emanzipierte Frauen und Lesben sind schuld. Fossile Energie ist teuer? Ökos und Kommunisten tragen die Schuld.

Und weil die AfD diesen Unsinn ungefiltert und frei von Resten bürgerlicher oder konservativer Moral verbreitet, kann sie radikale Lösungen propagieren: Entrechtung aller, die in ihren Augen nicht zu Deutschland passen – „Remigration“, Umkehr von Emanzipation und Gleichberechtigung, Beschneidung der Selbstbestimmung aller Menschen, Konformitätsdruck, Leugnung des Klimawandels, Abschiebung auch von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, wenn sie „undeutsch“ denken usw.

Welches Prinzip hinter diesen Schuldzuweisungen steckt und warum diese radikalen Scheinlösungen Wähler:innen anziehen, lässt sich in der hier gebotenen Kürze so darstellen:

Der neue Faschismus wurzelt im Kern in den Krisen und Leiderfahrungen des Spätkapitalismus. Er gewinnt angesichts von Verunsicherung und Prekarisierung die Menschen für die herbeifantasierte Verteidigung ideologisch überhöhter Objekte, wie die Nation, das „deutsche Volk“ oder das Heizen und Fahren mit fossilen Brennstoffen. Eva von Redecker bezeichnet das als „liquidierende Phantombesitzverteidigung“. Als Teil der Nation, als Teil der Männergemeinschaft oder der Verbrennerfahrer verteidigen sich die Faschisten gegen imaginierte Feinde – Muslime, emanzipierte Frauen, Queers, Linke, Ökos –, die ihnen angeblich ihren vermeintlichen Besitz wegnehmen wollen: das „deutsche Volk“, die „gebärfreudige deutsche Frau“, die fossile Heizung, den Verbrennungsmotor.

Den Faschisten geht es dabei nicht um reale Gefahren und reale materielle Verluste. Es gehe um den Schutz gegen die „Anderen“, gegen die, die den Phantombesitz gefährden.

Die faschistische Neukonfiguration der antisemitischen, antimuslimischen und frauenfeindlichen Muster folge einer speziellen modernen Logik des Eigentums: der Logik der absoluten Sachherrschaft.

Dieses eigentlich überwundene, aus Kolonialismus und Kapitalismus hervorgegangene Konzept lebt fort: Sklaverei und patriarchale Ungleichheit – einst verbrieftes Recht des weißen Mannes – sind offiziell abgeschafft, die Verfügungsansprüche aber bestehen weiter. Diese überlebten Ansprüche bilden den „Phantombesitz“.

So wird aus der Versklavung von einst heute Rassismus: die Forderung nach „Remigration“, eine Stadtbilddebatte – der Anspruch also, über nicht-weiße Menschen zu verfügen.

Die Gleichberechtigung, von den einen als Befreiung erlebt, erscheint faschistischen Männern als unzumutbare Amputation ihrer sicher geglaubten Rechte und Vorteile in einer patriarchalen Ordnung.

Heute werden die Anderen (noch) nicht erschossen, heute wird diskriminiert und abgeschoben; noch die brutalste Diktatur wird als sicheres Herkunftsland geadelt. Man inszeniert sich als Opfer.

Diese Pose der Notwehr legitimiert die Drohung mit Liquidation. Liquidiert werden Frieden und Freiheit aller, die nicht ins rechte Weltbild passen, wie man jetzt auch wieder an den Schülerprotesten sehen kann. So wollte die Junge Union die Proteste verbieten lassen und die Bundeswehr gegen sie einsetzen.

In dieser Lage befinden wir uns. Sie verschärft sich, je mehr Wahlerfolge die AfD feiert und je mehr die Parteien der Mitte glauben, ebenfalls nach rechts rücken zu müssen, um an der Macht zu bleiben – siehe die Asylgesetzgebung, die Militarisierung der europäischen Außengrenzen, die „Kriegstüchtigkeit“, die neue Grundsicherung und die Versuche, Sozialmissbrauch als ernsthafte Gefahr für den Bundeshaushalt darzustellen.

Armut, Mieten, Bildung, Gesundheit: Diese vier Politikfelder sind für den gesellschaftlichen Frieden und die Freiheit aller zentral. Doch weder die Faschisten noch die bürgerlichen Parteien wollen sie im Sinne der von ihnen Betroffenen positiv gestalten.

Die Preissteigerungen bei Energie – und damit auch bei anderen Gütern des täglichen Bedarfs – sowie beim Wohnen machen das Leben für viele Menschen unbezahlbar.

Die Zerstörung der Lebensgrundlage armer Menschen wird von der derzeitigen Politik als „Kollateral-schaden des Marktes“ akzeptiert. Der Primat des freien Marktes geht über Leichen. Man muss sich nicht wundern, wenn Menschen sich von diesem Politikangebot abwenden.

Eine antifaschistische Wirtschaftspolitik bestünde in einer Preiskontrolle der existenziellen Güter des täglichen Lebens wie Miete, Energie und Nahrung, um so die Kollateralschäden des freien Marktes einzuhegen und den Menschen die Perspektive auf ein Leben in Würde zu geben.

Die Politik steckt in den Handlungsmustern einer vergangenen Zeit fest und sie glaubt, die Krisen der Gegenwart mit Politikrezepten aus der Vergangenheit bewältigen zu können. Doch angesichts des Verfalls der sogenannten regelbasierten Weltordnung, des rapiden Klimawandels und der Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen reichen die Handlungsmöglichkeiten der nationalstaatlichen Regierungen nicht mehr aus.

Ebenso wenig das Versprechen rechter Politik, die uns glauben machen will, man habe alles im Griff und alles könne bleiben, wie es ist.

Genau das, dass es so bleibt, wie es ist, wäre ja die Katastrophe!

Daraus ergeben sich zwei mögliche Richtungen.

Die erste führt uns auf schiefer Ebene in einen Neofaschismus, der über kurz oder lang in der Selbstzerstörung der Menschheit enden kann.

Die zweite Richtung wäre die der Versöhnung der Menschheit mit sich selbst und mit unserem Planeten.

Während die erste auf die Macht des Stärkeren setzt – in der Hoffnung, man selbst zählt auch in Zukunft zu den Stärkeren –, setzt die zweite auf eine positive Zukunftserzählung, in der alle Menschen handlungs- und entscheidungsfähig werden, um ihre eigenen Geschicke zu lenken.

Frieden und Freiheit, die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln setzen voraus, dass man Machtpolitik, Freund-Feind-Denken und die willkürliche Zerstörung des Völkerrechts beendet. Sie setzen voraus, dass die planetaren Grundlagen unseres Lebens so behandelt werden, dass alle Menschen ein Leben in Würde, Frieden und Freiheit führen können, und nicht nur die vermeintlichen Gewinner der Geschichte.



Dass es so bleibt, wie es ist, das wäre die Katastrophe!

Denn das würde bedeuten, dass immer mehr Menschen als Kollateralschäden eines ungebremsten Kapitalismus, der Hand in Hand mit den Faschisten sehenden Auges auf den Dritten Weltkrieg zuzusteuern droht, zu den Rechten überlaufen. In der vergeblichen Hoffnung, wenigstens für sich die Situation zu verbessern.

Antifaschismus und Antikapitalismus sind zwei Seiten einer Medaille. Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, Frieden und Freiheit setzen voraus, den Kapitalismus, wie wir ihn heute kennen, zu überwinden.

Lasst uns also die Notbremse ziehen und dem Irrsinn ein Ende setzen, dem uns marktradikale bürgerliche Ideologen einerseits und frauenfeindliche Rassisten andererseits aussetzen.

Der Schwur von Buchenwald und seine beiden zentralen Motive der Vernichtung des Faschismus und des Aufbaus einer Welt des Friedens

und der Freiheit sind nur in einer grundlegend verschiedenen Gesellschaftsordnung vorzustellen.

Dazu gehören, genau entgegengesetzt zu dem, was wir derzeit erleben: Geschwisterlichkeit, Multilateralismus, ein Völkerrecht, das für alle gilt und von allen geachtet wird, gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen, die von allen respektiert werden, und eine Weltwirtschaftsordnung, die allen Menschen solidarisch auf Mutter Erde ein Leben in Würde ermöglicht.

Frei nach Karl Marx:

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Darum gilt heute umso dringlicher:
Nie wieder Krieg,
nie wieder Faschismus!



Bernhard Kammerer stellte den neuen Lern- und Gedenkort Westfriedhof vor.

Der Westfriedhof ist der größte Friedhof in Augsburg und steht unter Denkmalschutz. Er bietet Platz für über 12.000 Grabstellen, darunter zahlreiche Urnengräber.

Hier finden sich auch eine Reihe von Grabfeldern und Gedenkstätten, welche die Geschichte von Krieg, Verfolgung und Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert dokumentieren.

Mit dem Projekt „Lern- und Gedenkort Westfriedhof“ können diese historischen Spuren selbst entdeckt werden.

Über QR-Codes an ausgewählten Orten erhält man Zugang zu einer digitalen Plattform mit Informationen zu den Gedenkstätten und zu den Menschen, die hier ihre letzte Ruhe gefunden haben.



Grabplatte auf dem Ehrenhain

Einen Auszug der Biographie von Lang Matthias (3.8.1871 -13.12.1937 stellte Dr. Harald Munding vor. Für Lang wird 2027 ein Stolperstein verlegt.

Politische Tätigkeit und Verfolgung

Lang war seit seiner Jugend Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Während des Ersten Weltkriegs wechselte er zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und schloss sich in der wirtschaftlichen und politischen Krisensituation der 1920er Jahre schließlich der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an.

Ab Herbst 1934 engagierte sich Lang im Umfeld der „Roten Hilfe“. Auf Initiative seines Bekannten Johann Feichtner unterstützte er dessen Tochter Anna Weichenberger beim Aufbau konspirativer Dreiergruppen. In diesem Zusammenhang beteiligte sich Lang am Vertrieb illegaler Druckschriften, darunter „Rote Hilfe“, „Inprekorr“ (Organ der Kommunistischen Internationale), „Tribunal“ sowie die „Illustrierte Arbeiterzeitung“. Die erzielten Einnahmen dienten der Unterstützung politisch Verfolgter, insbesondere von KZ-Häftlingen und deren Angehörigen.

Als konspirative Treffpunkte fungierten unter anderem die sogenannte „Hasenfarm“ (heute Fritz-Aichele-Farm) sowie nächtliche Zusammenkünfte auf dem jüdischen Friedhof in Augsburg. Am 15. Januar 1935 organisierte Lang eine Flugblattaktion im Vorfeld des sogenannten „Roten Mai“ und koordinierte weiterhin die Arbeit von 3er-Widerstandsgruppen.

Die Gruppen wurden im Sommer 1935 von den nationalsozialistischen Behörden aufgedeckt. Am 29. August 1935 erfolgte in Augsburg die Verhaftung von 30 Beteiligten, darunter Matthias Lang. Nach der Überstellung zur Gestapo nach München wurde er in der Haftanstalt Stadelheim in Untersuchungshaft genommen.

Am 9. Dezember 1936 verurteilte ihn das Gericht als „Rädelsführer“ zu einer Haftstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Die Inhaftierung erfolgte im Zuchthaus Amberg, wo Matthias Lang am 13. Dezember 1937 verstarb. Seine Frau blieb in der Schißlerstraße und heiratete am 1.10.1938 den Rentner Jakob Oettle aus Kriegshaber.

Lang wurde zunächst im Familiengrab auf dem Westfriedhof in Augsburg beigesetzt. Heute erinnern ein Gedenkstein auf dem Katharinenfriedhof in Amberg sowie eine Gedenkplatte im Ehrenhain des Augsburger Westfriedhofs an ihn. Nach der Auflösung des Familiengrabes im Jahr 1950 wurde seine Urne in den Ehrenhain umgebettet.



Gedenkstein auf dem Katharinenfriedhof in Amberg

Dokumentation
der Kreisvereinigung Augsburg der VVN-BdA - Eigendruck
Kontakt : VVN-BdA Augsburg, Kirchbergstr. 40, 86157 Augsburg, Mail: vvnaugsburg@web.de Internet:http://www.vvn-augsburg.de/



Beitrag von Martha Metzger zum erneuten Angriff auf die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA

Solidarität mit der VVN-BdA

Wieder gibt es einen Versuch die VVN zu diffamieren und finanziell zu ruinieren.

Das dem Bundes-Finanzministerium unterstellte 'Finanzamt Berlin' prüft zur Zeit, ob die VVN alle Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit erfüllt. Es liege nämlich eine "unzulässige politische Betätigung" vor.

Dies zielt offensichtlich auf drei bundesweite antifaschistische Kampagnen, bei denen die VVN Trägerin ist:

> Die Kampagnen "Aufstehen gegen Rassismus" und "Widersetzen", und die Aktion "Menschenwürde verteidigen - AfD-Verbot jetzt".

Erneut fordern also autoritäre Kräfte von uns „Neutralität“ - um unsere inhaltliche Arbeit zu verhindern und die Vorstellung durchzusetzen, dass die Politik den „Profis aus den politischen Parteien“ überlassen werden soll.

Aber: „Zivilcourage“ ist nie neutral und immer politisch..

Wir bleiben dabei: „Antifaschismus ist gemeinnützig“ und wir bitten euch um Unterstützung. Dies kann das Unterschreiben unserer Petition sein – die findet sich auf der Homepage der VVN Augsburg. Aber auch eine öffentliche Stellungnahme hilft uns, oder die Mitgliedschaft in der VVN.

Nachdem Solidarität keine Einbahn-Strasse sein darf, erklären auch wir uns solidarisch mit Menschen bzw. Gruppen, die von Repression und Verfolgung bedroht sind.

Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben!

Petition unterstützen

https://weact.campact.de/petitions/antifaschismus-muss-gemeinnutzig-bleiben



Vorstellung des neuen Banners auf der Landesmitgliederversammlung in Ingolstadt Oktober 2026